



Doppelspitze führt Lippische SPD

Die Lippischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erstmals ein Führungsduo gewählt: Katrin Freiberger und Lasse Huxoll. – Mehr auf Seite 2



Erleben wir einen Wahlbetrug?

Gutachten von Schwarz-Grün im Land läßt an Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zweifeln. – Mehr auf Seite 2

Kita-Situation in Bad Salzuflen

Aktuell ist die Versorgung mit Kita-Plätzen nicht zufriedenstellend. Weite Wege müssen in Kauf genommen werden oder es ist kein Platz verfügbar. – Mehr auf Seite 4

Kompass der Stadt aktivieren!



Ralf Wiebusch
SPD-Fraktionschef im Stadtrat

Wenn man die Überschriften der lokalen Nachrichten liest, erhält man den Eindruck, dass sich in Bad Salzuflen viel bewegt. Und oberflächlich ist das auch so. Viele Themen werden angefasst. Allerdings hört man häufig, dass diese Richtung von „oben“ vorgegeben wird. Diese Wahrnehmung ist geprägt durch die letzten beiden Jahre, in denen notwendige Entscheidungen schnell getroffen wurden und mussten. Wichtig ist es aber jetzt, aus dem Krisenmodus herauszukommen. Entscheidungen müssen wieder unter reger Beteiligung der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen erfolgen, damit auch die Richtung wieder stimmt. Die SPD als kritische Opposition wird dies jedenfalls weiterhin bei jeder Gelegenheit einfordern.

ICE: Stadtrat gewährt Widuland Zuschuss

Ruhiger ist es geworden rund um die geplante ICE-Strecke durch Bad Salzuflen. Aber hinter den Kulissen wird weiter dafür gekämpft, dass die neue Strecke nicht durch Lockhausen, Biemsen-Ahmsen und den Obernberg führt.

Jüngst hat der Stadtrat mit den Stimmen der SPD der Bürgerinitiative Widuland einen Zuschuss von 15.000 Euro gewährt, um die laufende Arbeit zu finanzieren. Insbesondere die Salzufler Heilquellen, die existenziell für unser Staatsbad sind, sieht die SPD bedroht.

Mit dem Geld kann Widuland u.a. ein weiteres Gutachten finanzieren, das untersucht, welche CO₂-Belastung aus der Bautätigkeit einer Neubaustrecke hervorgeht.

Wir bleiben weiter am Ball. Und auch die regionalen Bundestagsabgeordneten sind jetzt und in Zukunft gefordert, ihren Einfluss beim Verkehrsminister geltend zu machen.

Ortsteile in Bad Salzuflen, war da was?

Wie sich Bürgermeister und schwarz-grüne Koalition wirklicher Mitbestimmung in den Ortsteilen entledigen wollen.



Gerade einmal vier Jahre ist es her, da feierte Bad Salzuflen mit dem 50. Jubiläum der Großgemeinde seine starken Ortsteile. Jetzt die Kehrtwende. Wenn es nach dem Bürgermeister und der schwarz-grünen Koalition geht, wird Politik bald allein im Rathaus gemacht. Meinungen aus den Ortsteilen sollen nur noch in unverbindlichen Runden und Workshops eingefangen werden.

Zur Geschichte:

Bad Salzuflen ist keine einfache zusammenhängende Siedlung, sondern ging im Jahr 1969 aus zehn kleinen Gemeinden und den beiden Städten „Bad Salzuflen“ und „Schötmar“ hervor. Die Spuren davon sieht man noch heute: Die meisten Ortsteile bilden einen eigenen kleinen Kosmos ohne direkte Verbindung zur eigentlichen Kernstadt. Mehr als die Hälfte der Menschen in Bad Salzuflen lebt in ihnen. Um diese Ortsteile in Entscheidungen mit einzubeziehen, bildete man seinerzeit sogenannte Ortsausschüsse. Diese treffen sich vor Ort, informieren hier die Bürgerinnen und Bürger und nehmen Anregungen mit, die es auf anderen Wegen nur schwer ins Rathaus schaffen würden.

In und um die Ausschusssitzungen soll die lokale Stimmung aufgeschnappt werden. Doch der Andrang hielt sich in den letzten Jahren oft in Grenzen. Richtige Entscheidungen wurden nur im Rathaus gefällt und Zwischenrufe der Ortsausschüsse stießen im Verwaltungsalltag auf wenig Gehör. Meistens hätten diese aber ohnehin wenig geändert, da die Ortsausschüsse zu Themen regelmäßig erst dann befragt wurden, wenn die Fach-

politik mit diesen schon durch war. Dass Bürgerinnen und Bürger ihre Abende lieber anders verbringen, als nur das zu hören, was sie schon aus Zeitung und Internet kennen, ist verständlich.

Um dem Ganzen endlich wieder Leben einzuhauchen, stellte die SPD-Fraktion im Jahr 2021 einen Antrag, um die Ortsausschüsse schon früh einzubinden. Und das bei allen wichtigen Themen des jeweiligen Ortsteils. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit. In einigen Bereichen sollten sie jetzt auch mitentscheiden dürfen (wie es übrigens das Gesetz auch vorsieht).

In der Folge sprachen sich alle Parteien in der Stadt dafür aus, die Ortsausschüsse zu stärken. Wie? Das sollte ein Arbeitskreis klären. Bis auf ein Mehr an Sitzungen blieb dieser aber ohne Ergebnis.

Für den Bürgermeister, der sich selbst noch zum Vorsitzenden des Arbeitskreises erklärte, war das Thema damit abgehakt: „Wir drehen die Gemeindeform nicht zurück“. Dass unter seiner Führung erst im Vorjahr beschlossene strategische Ziel „Stärkung der Ortsteile“ bleibt angesichts dessen nicht mehr als eine leere Worthülse.

Dass auch die Gemeindeordnung mehr unter Ortsausschüssen versteht, teilte sogar das zuständige Landesministerium dem Bürgermeister mit. Doch nach der letzten Sommerpause präsentierte dieser auch hierfür eine pragmatische Lösung: Die Abschaffung der Ortsausschüsse.

Stattdessen solle es nun „Ortsbeiräte“ und „Quartiersbeiräte“ geben. Inhaltlich genau das, was bisher die alten Ortsausschüsse waren. „Ein X für ein U“, wie

die LZ kommentierte. Eigene Rechte? Fehlanzeige. Locker gehalten, ohne Verbindlichkeit und damit zum Einschlafen verdammt. Zusätzlich ein paar „Dorfwerkstätten“ und schon seien die Ortsteile gut eingebunden. So scheinbar die Ansicht der Koalition.

Netter Nebeneffekt: Schwarz-Grün würde den Vorsitz in allen Beiräten stellen und der für die Rechte der Ortsausschüsse kämpfende Ratsherr Malcher wäre auf die Hinterbank abgeschoben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Mehr Bürgerbeteiligung gibt es dadurch nicht. Vor allem nicht, da der Bürgermeister schon bei den Ortsausschüssen das Kostenargument vorne anführte, zusammen mit fragwürdigen rechtlichen Einschätzungen und der Drohkulisse einer kollabierenden Verwaltung.

Nach Ansicht der SPD sind die Ortsausschüsse richtig und wichtig. Politisch braucht es nur den Mut, sie auch wirklich einzubinden und nicht nur kalten Kaffee zu servieren. Angebot schafft eben auch Nachfrage aus der Bürgerschaft. Dorf- und Quartierswerkstätten sind hierbei eine gute Ergänzung, aber eben kein Ersatz.

Als der Gesetzgeber die Ortsausschüsse erdachte, hatte er sich etwas dabei gedacht. Es bedarf jetzt keines 50.000 €-Rechtsgutachtens (ein Euro pro Bürgerin und Bürger), um die Fehler der Verwaltung auszubügeln und am Ende möglichst wenig Arbeit zu haben.

Dann verlieren so am Ende nur die Menschen in den Ortsteilen.

Gerätehaus Löschzug Schötmar/Werl-Aspe

Lange versprochen – im Alleingang gebrochen. 10 Jahre sind mittlerweile zwischen den ersten Planungen bis zur Fertigstellung der neuen Feuerwache vergangen. Jetzt bricht Bürgermeister Tolkemitt ein lange gegebenes Versprechen.

Kurz vor dem Umzug der hauptamtlichen Kräfte wird nun der Löschzug Schötmar/Werl-Aspe vor vollendete Tatsachen gestellt: Die Kameraden sollen mit in die neue Hauptwache einziehen und weiterhin nur ein Dasein als Anhängsel der hauptamtlichen Kräfte fristen. Ohne eigenes Domizil. Die SPD spricht sich klar gegen diesen Wortbruch aus und verlangt vom Bürgermeister, sich an das lange gegebene Versprechen zu halten.

Der Löschzug Schötmar/Werl-Aspe ist ein wichtiger Baustein im Brandschutzbedarfsplan unserer Stadt. Nach allen bisherigen Gutachten sind die geforderten Hilfsfristen nicht einzuhalten, wenn die freiwilligen Kräfte ebenfalls von der hauptamtlichen Wache ausrücken. Die verkehrlichen

Rahmenbedingungen (Ampelschaltungen) bei einem Alarm machen ein schnelles Eintreffen der freiwilligen Kräfte in der Wache unmöglich. Damit werden die Hilfsfristen nicht mehr eingehalten und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist nicht mehr in vollem Maße gewährleistet.

Die Bad Salzufler SPD spricht sich klar dafür aus, dass der Löschzug Schötmar/Werl-Aspe schnellstmöglich ein neues Gerätehaus erhält, um die Hilfsfristen einzuhalten. Hierfür sind die Finanzmittel für Planung und Grunderwerb kurzfristig im städtischen Haushalt einzuplanen. Bis zur Fertigstellung des neuen Gerätehauses verbleibt der Löschzug nach Ansicht der SPD am jetzigen Standort. So war es immer vereinbart.



Löschzug Schötmar/Werl-Aspe (Foto: Jan Krüger, Löschzug Schötmar/Werl-Aspe)

Keine Tariftreue

SPD Antrag: Tariftreue ab dem 1. Euro

Unser Antrag auf eine neue Vergabeordnung der Stadt wird von CDU und Grünen abgelehnt.

Die Auftragsvergaben der Stadt Bad Salzuflen sollen ab dem ersten Euro vorrangig an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach allgemeingültigen Tarifen bezahlen und ihr Wirtschaften mit Blick auf die Konsequenzen für nachfolgende Generationen ausrichten. Das Vergabeverfahren soll als Hebel genutzt werden, um prekäre Beschäftigung zu verhindern und dadurch die öffentlichen Kassen zu entlasten.

CDU und Grüne lehnen dies mit ihrer Ratsmehrheit ab, obwohl immer mehr Beschäftigten tarifvertraglich abgesicherte Arbeits- und Einkommensbedingungen vor-

enthalten werden und gleichzeitig die Klimakrise eine der größten Herausforderungen unserer Zeit geworden ist. Deshalb ist es so wichtig für uns, keine Verstöße gegen Arbeits-, Sozial-, und Umweltrecht zuzulassen. Wir wollen bessere sozial-ökologische Standards.

Wir fordern auch weiterhin im Sinne einer nachhaltigen Politik, den Menschen und seine Umwelt ins Zentrum des Handelns zu stellen. Es darf kein Wettbewerbsvorteil sein, wenn Auftragsnehmer geringe Löhne zahlen oder zu Lasten der Umwelt wirtschaften. Wir wollen die Unternehmen und ihre Arbeitnehmer*innen stärken, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden. Für Mensch, Umwelt und nachfolgende Generationen.



Ampel-Koalition stockt THW-Etat um 42,2 Millionen auf

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn dankt den lippischen THW-Mitgliedern

Kreis Lippe. Zerstörte Häuser, Straßen und Brücken, verletzte und geschockte Menschen, dazu viele Todesopfer: Die Jahrhundertflut im Ahrtal hat im Sommer 2021 unfassbares Leid über die Menschen dort gebracht und zig Existenzen einfach weggespült. Umgehend waren den Betroffenen damals unter anderem die Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) zu Hilfe geeilt und dort wochenlang im Einsatz – auch aus Lippe. Als Dank für ihren Einsatz wurden die Ehrenamtlichen nun bei einer Feierstunde in Detmold ausgezeichnet.

Mehr als 15.500 Stunden waren die 54 THW-Mitglieder aus Detmold und 31 THW-Angehörige aus Lemgo im Ahrtal im Einsatz. „Es ist gut zu wissen, dass es das Technische Hilfswerk und seine in erster Linie ehrenamtlichen Mitglieder gibt, die im Notfall für uns da sind und dringend benötigte Hilfe leisten“, sagt der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn, der bei der Auszeichnung in Detmold dabei war. Passend dazu überbrachte Berghahn die Nachricht, dass der Bund den THW-Etat im kommenden Jahr um 42,2 Millionen Euro erhöhen werde.

„Das ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“

Gutachten lässt Zweifel an Abschaffung der Straßenausbaugebühren. Die Abgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern von der CDU, ihr Versprechen einzulösen.

Kreis Lippe. „Wir haben die Straßenausbaubeiträge abgeschafft“ tönte es in den Wochen vor der Landtagswahl in Dauerschleife von der plumpen Wahlkampf-schallplatte der CDU – auch in Lippe. Doch dieses vollmundige Versprechen war offensichtlich nichts anderes als eine billige Blendgranate, um im Wahlkampf ein unbequemes Thema abzuräumen. Ein im Auftrag der Landesregierung erstelltes Gutachten lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass die umstrittenen Gebühren jemals wegfallen werden.

„Das sind ganz schlechte Nachrichten für die Grundstückseigentümer in Nordrhein-Westfalen“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer. Schon jetzt fragten sich viele Menschen, wieso sie kürzlich Beitragsbescheide im Briefkasten hatten, obwohl die Gebühren laut CDU doch abgeschafft worden seien. „Viele stellen nun fest, worauf die SPD bereits vor der Landtagswahl hingewiesen hat: Was hier pas-

siert, ist die Vorbereitung eines Wahlbetrugs“, ärgert sich Baer.

Seit Jahren setzen sich die Sozialdemokraten dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten und Ungerechtigkeiten wie die Straßenausbaugebühren abzuschaffen – und hatten damit bei den Bürgerinnen und Bürgern offene Türen eingemacht. Doch mit ihren Anträgen dazu war die SPD im Landtag stets an der Mehrheit von CDU und FDP gescheitert.

Kurz vor der Landtagswahl folgte dann die Rolle Rückwärts der Christdemokraten. Stolz verkündeten Ministerpräsident Hendrik Wüst & Co. die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Dabei waren diese längst nicht vom Tisch. Die Landesregierung hatte lediglich ein Förderprogramm aufgesetzt, durch das den Betroffenen die Gebühren erstattet werden. Die Beiträge wurden und werden also nach wie vor erhoben und lediglich vom Land übernommen, was bei den Städten und Gemeinden für einen erheblichen bürokratischen Aufwand sorgt. „Wir

haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dies eine Mogelpackung ist“, erklärt Stock. „Von Abschaffung der Straßenausbaugebühren konnte und kann absolut keine Rede sein“, ergänzt Maelzer. Im Gegenteil.

Monatelang war von dem angeblichen Prestigeprojekt der Christdemokraten nichts mehr zu hören. Nun ist ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten aufgetaucht. Dies war zwar schon im Juni erstellt, aber erst jetzt den Abgeordneten zur Verfügung gestellt worden. „Allein das ist ein Zeichen dafür, wie wenig die Landesregierung das Thema interessiert“, sagt Baer.

Das Gutachten führt drei Möglichkeiten auf, wie in Zukunft mit den bei den Bürgerinnen und Bürgern ungeliebten Beiträgen verfahren werden könnte. Der Knackpunkt daran: Keine dieser Möglichkeiten garantiert den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie am Ende nicht doch auf den Kosten sitzen bleiben. „Obwohl die Abschaffung der Straßenausbaugebühren im Koalitionsver-

trag vereinbart wurde, schiebt Schwarz-Grün das Thema auf die lange Bank“, sagt Stock. „Die CDU hat der Öffentlichkeit weiß gemacht, dass die ungerechten und bürokratischen Beiträge vom Tisch sind. Doch das ist nicht der Fall. Kommunen sind rechtlich weiterhin gezwungen, diese Gebühren zu erheben“, sagt Maelzer.

„Unsere Lösung liegt auf dem Tisch: Die Beiträge werden im Gesetz abgeschafft und alle bis zum 1. Januar 2018 nicht bestandskräftig festgesetzten Beiträge werden nicht mehr erhoben. Das Land ersetzt den Kommunen die fehlenden Einnahmen“, fordert Ellen Stock. „Diese Lösung ist leicht umsetzbar, rechtlich machbar und längst überfällig – man muss es nur wollen“, sagt Alexander Baer. „Doch was man den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf vollmundig versprochen hat, scheint Ministerpräsident Hendrik Wüst und der CDU ziemlich egal zu sein“, ärgert sich Dennis Maelzer.



Doppelspitze in Lippischer SPD

Katrin Freiberger und Lasse Huxoll führen gemeinsam die SPD

Nachdem die langjährige Vorsitzende, Ellen Stock, nicht mehr als Chefin antreten wollte, mussten die Genossinnen und Genossen eine neue Spitze wählen. Nach der Satzungsänderung war der Weg für eine Doppelspitze frei. Katrin Freiberger (46) aus Augustdorf und Lasse Huxoll (27) aus Lemgo führen jetzt die lippische SPD an.

Katrin Freiberger ist Mitglied im Gemeinderat in Augustdorf und Mitglied des Kreistages. Die Gleichberechtigung der Geschlechter liegt ihr sehr am Her-

zen und darum hatte auch die AsF den Antrag für die Einführung der Doppelspitze gestellt.

Lasse Huxoll, der schon als Schüler der SPD beigetreten war, ist Mitglied im Stadtrat der Hansestadt Lemgo und stellvertretender Verbandsvorsitzender im Landesverband Lippe. In der SPD-Ratsfraktion ist er stellvertretender Vorsitzender auch im Jugendhilfeausschuss im Stadtrat ist er stellvertretender Vorsitzender.

Gemeinsam wollen Sie die SPD nach vorne bringen.

Nordumgehung: Sanierung vor Neubau?

Der Landtagsabgeordnete Alexander Baer hat bei der Landesregierung nachgehakt. Ende des Jahres könnte das bedeutende Projekt für Lemgo einen wichtigen Schritt vorankommen.

Lemgo: Stau, verstopfte Straßen und Lärm. Dieser Zustand soll vor allem in der Gosebreite, der Richard-Wagner- und der Herforder Straße durch die Nordumgehung der Vergangenheit angehören. „Der Landesbetrieb Straßen.NRW rechnet mit 30 Prozent weniger Verkehr“, weiß Alexander Baer.

„Anfang 2021 wurde das Planfeststellungsverfahren für den Neubau eröffnet. Bis Februar

2021 konnten Einwände und Stellungnahmen eingereicht werden. Diese sind Mitte Mai 2021 an Straßen.NRW gegangen. Doch seither hat man von der Nordumgehung nichts weiter gehört und das Projekt scheint ins Stocken geraten zu sein.“, erinnert Baer.

Aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage geht hervor, dass die Stellungnahmen von Straßen.NRW derzeit fachtechnisch

geprüft würden. „Im Anschluss erfolgt die Übersendung an die Bezirksregierung Detmold als Planfeststellungsbehörde, die auch den anschließenden Erörterungstermin anberaumt“. Die Bearbeitung der Einwendungen und Stellungnahmen bei Straßen.NRW und die Übergabe an die Bezirksregierung Detmold seien für das 4. Quartal 2022 geplant. „Damit würden die Planungen einen wichtigen Schritt vorankommen“, sagt Baer.

Weiter heißt es in der Antwort: „Normalerweise werden so weit fortgeschrittene Planungen, wie bei der Nordumgehung nicht mehr gestoppt und die laufenden Projekte werden bis zur Novellierung des Bundesverkehrswegeplans weiterbearbeitet.“

„Ob das auch für die Nordumgehung gilt, wird offen gelassen. Bei der Aussage: „Die regierungstragenden Fraktionen

haben sich grundsätzlich darauf verständigt, dass im Bereich des Straßenbaus Sanierung Vorrang vor dem Neubau hat“ gehen bei mir alle Alarmlampen an. Ich erwarte von der Landesregierung, das Projekt weiter voranzutreiben und nicht zu verschleppen oder zu blockieren. In diesem Punkt werde ich die Landesregierung beim Wort nehmen“, sagt Baer.

Weiter betont Baer: „Vor allem unter dem Aspekt, dass noch im Mai behauptet wurde, dass die Nordumgehung unter einer rot-grünen gestorben sei, wäre eine Kehrtwende nicht nur ein Rückschlag für die Verkehrssituation in Lemgo, sondern auch sehr peinlich für die örtliche CDU. Denn nun schlagen sie zusammen mit den Grünen einen Weg ein, den sie stets kritisiert hatten.“

Mehr Gleichstellung im Kreishaus

SPD-Kreistagsfraktion freut sich über Erfolge durch den Gleichstellungsplan

Große Fortschritte beim Thema Gleichstellung gibt es in der Kreisverwaltung Lippe. Aus einem Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan 2020-2050 geht hervor, dass viele der Ziele nach der Hälfte der Zeit komplett oder teilweise erreicht werden konnten. SPD-Fraktionsvorsitzender Henning Welslau freut sich: „Das ist ein toller Erfolg der Kreisverwaltung. Wir danken besonders der Gleichstellungsbeauftragten, unserem Landrat Axel Lehmann und der Personalabteilung für die engagierte Arbeit an den Zielen, die wir als Politik 2019 beschlossen haben.“ Die Auswertung ergibt, dass die Teilzeit-Quote deutlich erhöht wurde: bei Frauen um 12% und bei Männern um 5% in unterschiedlichen Stundenkontingent-Kategorien. Das Arbeiten

in Teilzeit kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Das Ziel, Führungspositionen zum gleichen Anteil mit Frauen und Männern zu besetzen, ist bereits erreicht. Aktuell gibt es 50% weibliche und 48% männliche Führungskräfte, wobei 2% der Stellen zum Stichtag 30. Juni 2022 nicht besetzt waren. Selina Sonnenberg, Mitglied im Finanz- und Personalausschuss, ist sich sicher: „Mehr Vielfalt tut der Kreisverwaltung gut. Der Bericht zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind. Für alle Arbeitskräfte, Frauen wie Männer, ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Pflege und auch Ehrenamt wichtiger geworden. Dies ermöglichen die Maßnahmen aus dem Gleichstellungsplan.“



Mit dem Bürgergeld zu mehr Respekt, Qualifizierung

Der Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn lobt die größte Sozialreform der letzten 20 Jahre, die viele Verbesserungen mit sich bringt.

Es ist vollbracht: Mit dem Jahreswechsel wird das neue Bürgergeld ausbezahlt. „Damit verabschieden wir uns nicht nur von Hartz IV und lösen ein zentrales Wahlversprechen ein. Wir schaffen auch mehr Sicherheit für Menschen, die beruflich in schwierige Lebenslagen geraten sind“, freut sich der lippische SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Berghahn.

„Auch wenn wir am Ende im Vermittlungsausschuss des Bundesrates einen Kompromiss eingehen mussten, haben wir es dennoch geschafft, die komplette Verweigerungshaltung der Konservativen aufzubrechen und die Kernbestandteile des Bürgergelds durchzusetzen“, meint Berghahn.

Mit dem neuen Bürgergeld vollzieht die Bundesregierung

nicht nur die größte Sozialreform der vergangenen 20 Jahre. „Gleichzeitig setzen auf den Abbau von Bürokratie, eine Kultur der Augenhöhe sowie mehr nachhaltige (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt“, stellt Berghahn fest. Das Bürgergeld bringe eine Reihe von Verbesserungen für die Menschen mit sich: Ab dem 1. Januar stiegen die Regelsätze um 53 Euro auf 502 Euro im Monat. Außerdem werde ein besserer Inflationsausgleich geschaffen und die Zuverdienstmöglichkeiten stiegen.

Weiterbildung und Qualifizierung würden in Zukunft in gleicher Weise unterstützt wie die Aufnahme eines neuen Jobs. „Das ist aus zwei Gründen äußerst wichtig: Im bisherigen Hartz-IV-System sind viele der langzeitarbeitslosen Menschen

ohne Berufsausbildung. Oft werden sie immer mal wieder in Hilfsjobs vermittelt – und stehen ein paar Monate später wieder beim Jobcenter. Mit dem neuen Bürgergeld sorgen wir dafür, dass Menschen einen Abschluss nachholen können, um dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen“, erklärt Berghahn. Mit Prämien für Weiter- und Qualifizierungsmaßnahmen würden positive Anreize geschaffen, anstatt weiter auf eine Drohkulisse zu setzen.

Allgemein werde die Beratung in den Jobcentern in Zukunft auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt ausgerichtet. Nicht mehr der nächstbeste Job, sondern die langfristige Perspektive der Menschen werde im Fokus stehen.



„Das ist der Witz des Jahres“

Jugendliche sollen auf Vorschlag des Schulministeriums ihre digitalen Kenntnisse mit Stift und Papier nachweisen.



Kreis Lippe. E-Mails lesen und schreiben, Nachrichten verschicken, telefonieren, einkaufen, Termine buchen und vieles mehr erledigen die meisten Menschen mittlerweile mit dem Smartphone als ständiger Begleiter. Das führt auch dazu, dass Kinder heutzutage in einer digitalen Welt aufwachsen und die verschiedenen Endgeräte teils besser als ihre Eltern beherrschen. Digitale und EDV-Kenntnisse werden also immer wichtiger – auch für Jugendliche.

Ihre digitalen Fähigkeiten konnten sie bisher vom Schulministerium durch einen „EDV-Führerschein“ zertifizieren

lassen und beispielsweise Bewerbungen beifügen. „Das ist eine gute und sehr sinnvolle Möglichkeit“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer, familienpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Das nachzuweisende Wissen dafür wurde bislang online abgefragt. Doch nun hat das Ministerium den Test abgeschaltet – unter anderem aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen (die allerdings lange bekannt gewesen sein sollen).

Alternativ schlägt das Ministerium vor, dass die Jugendlichen den „EDV-Führerschein“ einfach analog ablegen können

– mit Zettel, Stift und Papier. „Das ist der Witz des Jahres und klingt eher nach einem Bericht aus Schilda als nach etwas, was es wirklich gibt“, erklärt Maelzer und fordert das Schulministerium dazu auf, schnellstmöglich wieder die Online-Prüfung zu ermöglichen. „Von Ministerin Feller verlangt ja auch keiner, auf E-Mails mit Füllfederhalter und auf Papier zu antworten. Deshalb: Tests über digitale Fähigkeiten müssen digital abgelegt werden. Und dafür muss das Ministerium umgehend die Voraussetzungen schaffen“, sagt Maelzer.

Gelder für moderne Feuerwehrgerätehäuser gestrichen

Die SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer fordern, Hilfen für Rettungskräfte und Kommunen nicht zu kürzen.

Kreis Lippe. Die vielen Krisen, denen Länder und Bund sich derzeit stellen müssen, können auch an einem Haushalt nicht spurlos vorüber gehen. Den Rotstift aber ausgerechnet bei den ländlichen Räumen und dem Katastrophenschutz anzusetzen, ist zu kurz gedacht, erklären die lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Alexander Baer und Dennis Maelzer.

Vollmundige Ankündigungen eines Entlastungspaktes, zu dem nach wie vor keine Details bekannt sind, Taschenspielertricks beim Corona-Rettungsschirm, Wirrwarr um die Einhaltung der Schuldenbremse, eine schrumpfende Wirtschaftsleistung oder der mehrfach gescheiterte Haushaltsentwurf der Landesregierung, der nach Prüfung des Landesrechnungshofs zweimal verfassungswidrig war: Für Schwarz-Grün setzt es eine Ohrfeige nach der anderen. Als wäre diese Ansammlung von Peinlichkeiten nicht schon

genug, streicht die Landesregierung nun auch noch ein für ländliche Kommunen wichtiges Förderprogramm zusammen.

Im Zuge der Haushaltsplanberatungen stellte sich heraus, dass die sehr beliebte Förderung der Dorferneuerung um ganze 22 Millionen Euro gekürzt werden soll. Konkret: Der erst im Jahr 2021 eingeführte Sonderauftrag „Feuerwehrrhäuser in Dörfern“ wurde ersatzlos gestrichen. „Das sind schlechte Nachrichten für unsere Kommunen und Feuerwehren“, erklärt Ellen Stock. „Gerade auf dem Land haben wir größtenteils ehrenamtliche Kräfte“, sagt Baer. „Wer seine Zeit und auch seine Gesundheit für die Gesellschaft einsetzt – der hat es auch verdient, dass das Land ihn unterstützt“, ergänzt Maelzer.

Besonders verärgert sind die Sozialdemokraten darüber, dass einfach auf die Kommunen verwiesen wurde. „Vielen Städten und Gemeinden steht das Wasser zwischen höheren Zinsen und wachsenden Energiekosten bis

zum Hals. Jetzt einfach zu sagen, die Kommunen sind dran, wird der Verantwortung einer Landesregierung nicht gerecht“, sagt Stock. Im Kommunalausschuss hatte sie die konkret nach den Gründen für die Abschaffung gefragt. Daraufhin kam man auf Seiten des Ministeriums ordentlich ins Schwimmen, wich aus und lenkte ab – eine konkrete Antwort gab es nicht!

Dass der Bedarf da sei, liege auf der Hand. „Viele Feuerwehrrhäuser entsprechen nicht mehr den aktuellen Sicherheits- und Brandschutzanforderungen, es fehlen Räume für die Jugend und Anbauten für eine Trennung von verschmutzter Einsatz- und sauberer Zivilkleidung“, sagt Baer. „Erst die Hilfe des Bundes bei der Entschuldung der Kommunen ablehnen und ihnen dann die Gelder streichen – das ist weder Krisenhilfe, noch Krisenresilienz, noch Krisenvorsorge“, kritisiert Maelzer. Insgesamt bräuchten die Kommunen mehr Hilfe und nicht weniger.

Hilfe gegen Hass und Hetze

Drohungen gegen Kommunalpolitiker:innen nehmen zu. Die SPD-Abgeordnete Ellen Stock will die Ehrenamtlichen unterstützen.



Netzwerken bis hin zur Gewalt: Für viele Bundes- und Landespolitiker gehören Kreis Lippe. Subtile Drohungen, Verleumdungen, Hass und Hetze in Sozialen solche Erfahrungen leider inzwischen zum Alltag. Seit einigen Jahren nehmen aber auch die Berichte über verbale

Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker deutlich zu. „Eine besorgniserregende Entwicklung“, stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Ellen Stock klar.

Genau zu diesem Thema hatte Stock als Mitglied des Kommunalausschusses kürzlich im

Landtag gesprochen. „Auch in meinem Wahlkreis häufen sich die Berichte der ehrenamtlichen Politiker, dass sie immer öfter angegangen, beleidigt und beschimpft werden. Viel spielt sich dabei in den sozialen Netzwerken ab. Aber auch persönliche Anfeindungen sind leider nicht mehr selten“, berichtet Stock. Die Bandbreite reiche von immer wiederkehrenden Fake News und Anspielungen bis hin zu Drohungen und offenen Gewaltaufrufen.

„Man kann und soll ja auch unterschiedlicher Meinung sein. Und oft gibt es Themen und Entscheidungen, die polarisieren und emotional diskutiert werden“, erklärt die Abgeordnete. Doch ihrem Eindruck nach werde dabei immer schneller die sachliche Ebene verlassen. „Werden Entscheidungen getroffen, die einem nicht gefallen, geht

es mittlerweile schnell ins Persönliche. Frei nach dem Motto ‚Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.‘ Nicht wenige Lokalpolitikerinnen und -politiker wollten sich das nicht mehr antun und sich deshalb aus der Politik zurückziehen. „Dem müssen wir uns entgegenstellen! Hier ist auch das Land gefragt, um bestehende Hilfe offener zu kommunizieren und diese weiter auszubauen“, forderte Stock in ihrer Landtagsrede. Unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Polizei könnten bestehende Aufklärungskampagnen einen stärkeren Schwung bekommen und neue entwickelt werden. „Wichtig ist, dass wir die Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht im Stich lassen und ihnen mit aktiven Hilfen zur Seite stehen“, erklärt Stock.

Klausurtagung unter schwierigen Vorzeichen

Die SPD-Kreistagsfraktion tagt erstmal seit Corona wieder im Inselquartier des Kreises auf Norderney

Die Mitglieder der Kreistagsfraktion waren Ende Oktober vier Tage auf der Nordseeinsel. Die Zeit wurde genutzt, um intensiv über die anstehenden Projekte in den einzelnen Arbeitsbereichen zu diskutieren. Angesichts der vielen Krisen, die auch den Kreis Lippe treffen, wird die Haushaltslage 2023 schwierig. Dank des guten Wirtschaftens in den vergangenen Jahren gibt es eine solide Ausgleichsrücklage. Die Kreistagsfraktion hatte das Ziel, Prioritäten zu setzen und mögliche Einsparungen ins Auge zu fassen, um gut vorbereitet in die Haushaltsverhandlungen Anfang nächsten Jahres zu starten. Die erste mehrtägige Klausurtagung seit Ausbruch der Coro-

na-Pandemie diente auch dem besseren Kennenlernen der Fraktionsmitglieder. Das schöne Wetter und die tolle Lage der Inselquartiere lud zu Aktivitäten unter freiem Himmel ein. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzende Ilka Kottmann zieht ein positives Fazit: „Wir haben die Zeit gut genutzt, um zu diskutieren, welche Ziele wir uns für die einzelnen Bereiche setzen. Der persönliche Austausch kam auch nicht zu kurz und wir hatten Zeit, unsere Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion und mit der Verwaltung und Partei zu reflektieren. Nun geht es an die Umsetzung unserer selbstgesteckten Ziele.“

Fakten zur Lage der Kita-Plätze in unserer Stadt

Zurzeit besuchen 252 (14,5%) der über 3-jährigen Kinder in unserer Stadt keine Kita. Die Gründe dafür sind vielfältig.

Überraschenderweise gibt es Eltern, die den Besuch einer Kita nicht wünschen. Aber für 186 der Kinder über 3 Jahren gibt es gar keinen Platz! Auch die Versorgung mit Plätzen für unter 3-jährige ist mit 17,8% unterdurchschnittlich und besorgniserregend. Während in einzelnen Ortsteilen Plätze fehlen, orientiert sich die Ausbauplanung der Stadt derzeit am gesamtstädtischen Bedarf. Erst im Nachgang soll der Bedarf vor Ort in den Vordergrund rücken. Die Fol-

gen sind bereits jetzt sichtbar: Kleine Kinder bekommen keine Plätze in der Nähe ihres Wohnortes, sie werden quer durch die Stadt gefahren und später nicht mit ihren Kitafreundinnen und -freunden eingeschult.

Die SPD hält daran fest, dass für die Kinder aller Ortsteile in unserer Stadt ein wohnortnaher Kitaplatz zur Verfügung stehen muss!

Der alte Grundsatz „Kurze Wege für kurze Beine“ muss weiter gültig sein!

Grundlage der Ausbauplanungen müssen sowohl der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz als auch der festgestellte örtliche Bedarf sein.

Die Möglichkeit eine Kita vor Ort besuchen zu können ist die Basis eines gelungenen Schulstarts in der Grundschule und ein Zeichen einer familienfreundlichen Stadt!

Wir werden das weiter einfordern und die Eltern nicht allein lassen.



Energie und Klima – Aber richtig

Energie sparen aus Angst vor der nächsten Rechnung? Photovoltaik aufs Dach, um etwas gegen den Klimawandel zu tun?



Den Städten geht es nicht anders als jedem zuhause. 15 bis 20 % – so viel sollen Kommunen an Strom und Gas einsparen. Bis 2030 will Bad Salzflun außerdem klimaneutral werden. Gute Vorsätze! Für die muss aber auch vorausschauend geplant, konsequent entschieden und nicht an den falschen Stellen über das Ziel hinausgeschossen werden.

Plänen: Die Stadtverwaltung hat keinerlei Überblick, wie viel Energie sie überhaupt verbraucht oder erzeugt. Die Politik wird nun auf Antrag der SPD beraten, welche Daten wir jährlich

brauchen, um zu sehen: Wo stehen wir eigentlich?

Weichen stellen: Es muss aber auch gehandelt werden. Wichtig ist hier der Ausbau der Fernwärme. Nach einem SPD-Antrag wird diese alte Heizungsanlagen an vielen Stellen der Stadt verbannen (siehe auf dieser Seite). Außerdem soll mit dem Neubaugebiet Südfeld C – ebenfalls auf SPD-Initiative hin – erstmals in der Geschichte der Stadt ein Bereich entstehen, in dem jedes Haus Photovoltaikstrom erzeugen wird. Ein erster Testballon, dem hoffentlich weitere

Teile der Stadt und der Gesetzgeber folgen werden.

Bevölkerung mitnehmen: Die besten Absichten bringen nichts, wenn die Menschen vor Ort sie ablehnen. Bürgermeister und Verwaltung wollten etwa über den Winter die Duschen in den Turnhallen abschalten. Nach zweieinhalb Jahren mit Corona ein Schlag ins Kontor vieler Vereine. Zwar überstimmte die schwarz-grüne Koalition hier in der Stadt die SPD, wurde dann aber von der eigenen Landesregierung gestoppt. Gut so!

Post aus Düsseldorf für die Salzstadt

Kurz vor dem Jahreswechsel erreicht uns noch ein schöner Neujahrsgruß von Thomas Kutschaty, dem SPD-Chef im Landtag.

Liebe Bad Salzflurinnen und Bad Salzflur, es gibt Jahrzehnte, in denen nicht viel passiert. Und dann gibt es Monate, in denen Jahrzehnte passieren. So geht es mir, wenn ich auf das Jahr 2022 zurückschle. Eben eine echte Zeitenwende.

Im Angesicht der vielen Probleme, die es trotz der Entlastungspakete gibt, fällt es mir jedoch schwer, von Chancen zu sprechen, die in der Krise liegen sollen. Wie soll ich zum Beispiel einer alleinerziehenden Mutter, die bei steigenden Kosten in allen Lebensbereichen kaum über die Runden kommt, ernsthaft verkaufen, dass die Krise nun zu einem schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien führen wird? Natürlich ist das gut. Aber eine Krise ist per se erstmal etwas Schlechtes und befördert häufig auch noch das ans Tageslicht, was vorher schon nicht gut lief. Deshalb freue ich mich – um bei die-

sem Beispiel zu bleiben –, dass wir uns bereits vor der Krise auf eine Kindersicherungs verständigt haben und dass wir sie in diesem Jahr auf

Landesregierung davon eine Scheibe abschneidet.

Vor allem wünsche ich mir aber einen ehrlichen Umgang: Wir dürfen uns nicht hinter den großen Worthülsen verstecken, welche die Krisen so mit sich bringen. Wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen, wenn wir uns gegenseitig ernst nehmen und wenn wir die Sorgen und Nöte erkennen, dann werden sie uns lehren, was zu tun ist. Das war immer die Stärke der Sozialdemokratie, lasst uns daran auch im neuen Jahr anknüpfen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen und gesunden Jahresanfang. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Hoffnungen erfüllt werden. Soziale Gerechtigkeit und Frieden sind, so meine ich, derzeit die wichtigsten.

Ihr Thomas Kutschaty



den Weg bringen werden. Das bedeutet nachhaltig mehr Geld für Kinder und Eltern und vor allem einen einfachen Zugang zu diesem Geld. Ich würde mir wünschen, dass sich die

Hitzeaktionsplan ist Existenzfrage

Die Verwaltung soll mit der Aufstellung und Fortschreibung beauftragt werden.

Hitzewellen zählen zu den Extremwetterereignissen, die durch den fortschreitenden Klimawandel häufiger auftreten und damit eine zunehmende Gefährdung für die Bevölkerung darstellen. Wissenschaftler und die Weltorganisation für Meteorologie sagen für die Zukunft zunehmende Hitzeperioden voraus. Besonders gefährdet bei Hitze sind aber Menschen, die bereits unter Erkrankungen des Herzkreislaufsystems oder Atemwegserkrankungen leiden, Menschen über 65 Jahre, sowie Babys und Kleinkinder.

Mehrtägige Hitzewellen haben bereits zu Todesfällen geführt.

Städte wie Köln, Mannheim, Dresden, Düsseldorf, Wien und andere haben bereits entsprechende Pläne erstellt. Es gibt Empfehlungen der WHO, des Bundesministeriums und anderer Institutionen.

Die SPD hält es für erforderlich Maßnahmen wie die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle, Festlegung von betroffenen Bevölkerungsgruppen, Einbindung von Hilfeinstitutionen, Bürgerkommunikation und Handlungskataloge zu erstellen und umzusetzen.

Die Hitzeaktionsplanung stellt einen wesentlichen Baustein der Klimafolgenanpassung dar.

Viel Papier und wenig Erkenntnisse

SPD verlangt Umdenken nach Sozialbericht. Kinderarmut in Salzflun und Schötmar ein Problem.

Der Sozialbericht enthält erschreckende Zahlen. In Bad Salzflun und Schötmar leben gut die Hälfte der Einwohner unserer Stadt, aber hier leben dreiviertel aller Empfänger von Transferleistungen. Das bedeutet eine Konzentration von prekären Haushalten in wenigen Wohnvierteln.

Schlimmer noch zeichnet sich das Bild bei der Kinderarmut in den Ortsteilen Schötmar und Bad Salzflun ab. Knapp 30% der Kinder in Schötmar sind arm, leben also von Transferleistungen; in Bad Salzflun ist es immer noch jedes vierte Kind. Wie sieht die Unterstützung der Kinder aus, die es in unserer Stadt am

nötigsten haben? Keine Antworten.

Um gleiche Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen zu ermöglichen, muss der Hebel neu angesetzt werden. Es erfordert intensive soziale und städtebauliche Maßnahmen. Handlungskonzepte müssen ämterübergreifend erarbeitet werden. Stadtteile für die Bürgerinnen und Bürger lebenswerter machen und den Zusammenhalt fördern muss als gemeinsame Aufgabe der Verwaltung verstanden werden.

Fernwärme-Satzung auf der Zielgeraden

Verwaltung und Stadtwerke bestätigen die grundsätzlichen Ziele des SPD-Antrags im Stadtentwicklungsausschuss.

Auf der Grundlage eines SPD-Antrages zum Beschluss einer Fernwärme-Satzung für Bad Salzflun gab es nunmehr von Verwaltung und Stadtwerke einen Zwischenbericht im letzten Stadtentwicklungsausschuss. Die SPD zeigt sich erfreut, dass ihre grundsätzlichen Ziele erreichbar sind und bestätigt werden. Denn das flexible Fernwärmesystem erlaubt heute bereits den Einsatz von unterschiedlichen Energieträgern: Ob Biomasse oder erneuerbares Gas, ob industrielle oder gewerbliche Abwärme, Geothermie, Solarthermie, Wärme aus

der Müllverbrennung oder durch Wärmeerzeugung in Blockheizkraftwerken wie in Bad Salzflun – kein anderes System ist so flexibel und gleichzeitig so sicher, sauber und zukunftsfähig. Bereits heute wird von den Stadtwerken Bad Salzflun regenerativ erzeugtes Gas hierfür eingesetzt. Einen ersten Satzungsentwurf wird die Verwaltung im Februar 2022 vorlegen. Einer klimaschützenden Raumwärmeerzeugung steht dann in Salzflun nichts im Wege.



Herausgeber: SPD-Stadtverband Bad Salzflun
Vehrlingsstr. 10, 32108 Bad Salzflun
Verantwortlich SPD-Stadtverband Bad Salzflun: Joachim Licht
Verantwortlich SPD-Kreistagsfraktion und Kreisverband: Rainer Brinkmann
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg